

Neues Kongresszentrum an der Stadthalle: Interview mit Dr. Jochen Götze, Sprecher der BürgerInitiative Erweiterungsbau Stopp! (BIEST!)



In den letzten Wochen gab es drei Stellungnahmen zu einem neuen Kongresszentrum an der Stadthalle: In einer Umfrage der RNZ stimmten unter den teilnehmenden Heidelberger Bürgern 57% gegen einen Anbau an die Stadthalle und 90% gegen den Entwurf, der im Architektenwettbewerb den ersten Preis erhalten hatte. In einem Interview derselben Zeitung mit dem Vorsitzenden der Heidelberger Architektenkammer, Stephan Weber, und dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Architekten, Sektion Heidelberg, Uwe Bellm wurde auf die Ergebnisse dieser Umfrage eingegangen. Beide waren der Meinung, man solle das Verfahren trotz dieses Bürgervotums fortsetzen und den prämierten Entwurf auch bauen. Schließlich meldete sich ein „Unternehmerrrat Heidelberg“ zu Wort und forderte die Erweiterung der Stadthalle, weil sonst der Tourismus- und Einzelhandelsstandort „noch weiter zurück falle“. Die Stadtpolitik führte ein Interview mit dem Sprecher von BIEST!

Stadtpolitik Heidelberg (SP): Herr Götze, ist die Entscheidung schon gefallen?

Götze: Wir hoffen nicht, denn wenn sie schon gefallen wäre, wäre das ein schlechtes Zeichen für die Demokratie in unserer Stadt. Die Befürworter allerdings haben die Entscheidung für sich bereits getroffen, ohne dass die grundlegenden Fragen beantwortet sind. Dem entspricht auch das Procedere, nämlich neue Fakten zu schaffen, diese kostenaufwändig vorzubereiten und die Gemeindevertreter damit unter Zugzwang zu setzen, bis die erwünschte Entscheidung erfolgt ist.

SP: Was würden Sie dem Gemeinderat empfehlen?

Götze: Zunächst einmal zu prüfen, ob die finanziellen Voraussetzungen für einen Bau gegeben sind, ob das Projekt die erhofften Vorteile für die Wirtschaft haben kann, ob Heidelberg gerade auf diesem heiß umkämpften Sektor der mittelgroßen Kongresse das ver-

lorene Terrain zurück gewinnen kann, ob die Probleme eines dann noch stärkeren Verkehrs an der Stadthalle und in der Altstadt überhaupt gelöst werden können.

In der dem Gemeinderat zugegangenen Beschlussvorlage sind keine Lösungsansätze für diese Fragen enthalten, Illusionen und Wunschvorstellungen allein reichen nicht aus.

Der Bezirksbeirat Altstadt hat das am 28. Januar sachgerecht und richtig entschieden: der Gemeinderat kann nicht verantwortungsvoll "über die weitere Planung" entscheiden, ohne die grundsätzlichen Voraussetzungen geprüft zu haben.

Wir empfehlen dem Gemeinderat, den Standort noch einmal zu überprüfen und die Entscheidung des Bezirksbeirats Altstadt anzunehmen. Gegebenenfalls würde eine Kostenlawine von nicht abzuschätzender Höhe auf die Stadt zukommen.

SP: Die Architekten gehen davon aus, dass sie die Pläne und Darstellungen besser beurteilen können als die Bürger, „weil sich zu wenige mit Architektur auch richtig auseinandersetzen können“. Wie sehen Sie das?

Götze: Wir stellen nicht in Abrede, dass ein Architekt einen Bauplan besser lesen und beurteilen kann als ein Laie. Das ist aber nicht der Kern des Problems. Hier geht es allein um Fragen der Stadtplanung und der urbanen Gestaltung, um ein Gesamtkonzept städtischen Lebens, dem die Einzelarchitektur sich unterzuordnen hat. Erst die funktionale Gesamtheit von Bauten, Straßen, Plätzen und Freiräumen schafft eine lebenswerte urbane Struktur, die den vielfältigen und unterschiedlichen Bedürfnissen der Bewohner entspricht. Dieser Aspekt ist den Architekten völlig entgangen.

SP: Eine architektonische Meisterleistung unterscheidet sich von einer Bausünde „auf den zweiten Blick“, so die Experten. „Damit etwas Gutes entstehen kann, müsse man ... auch das Risiko eingehen, dass etwas schief geht“. BIEST ist offenbar der Meinung dass man sich ein solches Risiko in der Altstadt nicht leisten kann?

Götze: Dieses Risiko können wir nicht eingehen, denn wenn an dieser so sensiblen und prominenten Stelle der Stadt der Bestand in seiner gewachsenen Abfolge von Plätzen und Gebäuden gestört wird, dann ist nachhaltig "etwas schief" gegangen. Zusammen mit der historischen Stadthalle würde hier ein ungefügter Bauklotz von fast 200 m Länge entstehen, den man wegen der notwendigen großen LKW-Einfahrt auch nicht hinter gnädigem Grün verstecken kann.

Die Stadt Heidelberg wirbt mit dieser Schokoladenansicht der Altstadt, und jetzt will sie sie zerstören.

SP: Sind Architekten die wirklichen Experten für größere Baumaßnahmen in einer alten Stadt?

Götze: Als Bautechniker sind sie das sicher, aber hier handelt es sich um Bauen im urbanen Bestand, das erfordert andere Überlegungen und Beurteilungen. Hier ist eine genaue Abwägung der städtischen, sozialen und ökologischen Bedingungen erforderlich. Dies ist eine Frage der Baukultur, und diese scheint von den beiden befragten Architekten nicht berücksichtigt worden zu sein.

SP: Der Untermerrrat geht davon aus, dass Heidelberg dringend eine Erweiterung der Kongresskapazität brauche, „weil dem schleichenden Bedeutungsverlust Heidelbergs als Tagungs- und Kongressort“ entgegen gewirkt werden müsse. Sind Sie der Meinung, dass es gesicherte Erkenntnisse für einen solchen Bedeutungsverlust gibt?

Götze: Abgesehen von den auch in Heidelberg spürbaren Folgen der Finanzkrise ist sicher, dass die Zahl der Kongresse rapide zurückgegangen ist. Der Bedeutungsverlust der Stadt als ein ambitioniertes Zentrum ist auch in der gleichzeitig rapiden Zunahme von Allerweltsevents auf den Strassen und Plätzen der Altstadt festzustellen. Das verträgt sich nicht mit dem Ehrgeiz der Stadt, als Ort qualifizierter Veranstaltungen zu gelten. Man kann nicht die Vermarktung des öffentlichen Raums und seinen Folgen gleichzeitig mit kulturell hochrangigen Veranstaltungen und Kongressen als Publikumsmagnet anstreben und all das im begrenzten Raum der Heidelberger Altstadt unterbringen. Gesicherte Prognosen und Berechnungen über die Auslastung eines erweiterten Kongresszentrums liegen der Öffentlichkeit nicht vor, und es erscheint uns sehr fraglich, ob dem "schleichenden Bedeutungsverlust" mit der Errichtung eines Erweiterungsgebäudes an der Stadthalle entgegen gearbeitet werden kann. Bevor man beginnt, die Symptome zu kurieren, sollte man untersuchen, worin die Gründe für den Bedeutungsverlust liegen.

SP: Der Untermerrrat erwartet beim Verkehr „tendenziell eher eine Entlastung“ Heidelbergs. BIEST geht davon aus, dass ein Erweiterungsbau erhebliche Verkehrsprobleme in der Altstadt verursachen würde. Wer hat denn nun recht?

Götze: Diese Frage ist sehr komplex. Ihre Beantwortung hängt davon ab, ob es einen Neckarufertunnel geben wird oder nicht. Wenn der Neckarufertunnel nicht gebaut werden kann, bleibt der Verkehr auf dem Neckarstaden (B 37) im jetzigen Umfang erhalten. Sollten den städtischen Überlegungen zufolge am Neckar eine verkehrsberuhigte Zone eingerichtet werden, müsste der Durchgangs- und der Ziel- und Quellverkehr auf die gesamte Altstadt verteilt werden.

Der geplante Erweiterungsbau würde die Untere Neckarstraße – bisher in Teilen verkehrsberuhigt – in eine zweispurige Durchgangsstraße verwandeln. Zusätzlich müsste die Untere Neckarstraße den LKW-Verkehr der Stadthalle bewältigen, gleichzeitig auch den Individual-, Taxen- und Busverkehr der Stadthallenbesucher.

Sollten in einem Erweiterungsbau an der Stadthalle mehr Kongresse und Tagungen als bisher stattfinden, ist eine sehr viel verkehrsintensivere Erschließung notwendig als bisher – von einer Verkehrsentslastung kann keine Rede sein.

SP: Die Unternehmer gehen davon aus, dass ein „kostengünstiger ... Erweiterungsbau“ an der Stadthalle machbar ist. Häufig hört man auch das Argument, ein Anbau an die Stadthalle werde durch eine Verbesserung der Technik und Logistik dazu führen, dass die Stadthalle in Zukunft schwarze Zahlen schreiben. Kann die Stadt durch diesen Anbau langfristig Geld sparen?

Götze: Dazu können wir nur die Aussage von Prof. Dr. Hegger auf der Informationsveranstaltung der Stadt Heidelberg zum Wettbewerbsergebnis (15. Dezember 2009) zitieren: "Kein Konferenzzentrum arbeitet profitabel".

SP: Was sollten die wesentlichen Kriterien für die Entscheidung des Gemeinderates sein?

Götze: Der Gemeinderat sollte vor einem weiteren Beschluss auf der am 18. Dezember 2008 beschlossenen Forderung nach Vorlage eines Betriebs- und Finanzierungsmodells bestehen und sich nicht dazu verleiten lassen, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen.

SP: Herr Götze, wir danken Ihnen für das Gespräch.



BIEST !

Das Gespräch führte Arnulf Weiler-Lorentz für die SP am 28.1.2010.